



BBU-Pressemitteilung  
01.12.2017

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

## **BBU befürwortet den Radwegeausbau in Hannover, ein ausnahmsloses Frackingverbot und den sofortigen Atomausstieg in Niedersachsen und im Bund**

**(Bonn, Hannover, 01.12.2017) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich bei seinem Vorstandstreffen in Hannover mit den umweltpolitischen Entwicklungen nach der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Niedersachsen befasst. Der BBU fordert den sofortigen Atomausstieg. Allein in Niedersachsen sind noch zwei Atomkraftwerke in Betrieb – das AKW Grohnde sowie das AKW Emsland in Lingen – und die Brennelementefabrik in Lingen hat eine unbefristete Betriebserlaubnis. Weiterhin fordert der BBU ein Frackingverbot ohne Ausnahmen in Niedersachsen und bundesweit. Ein weiteres Thema bei dem Vorstandstreffen waren die aktuellen Verkehrsplanungen und Verkehrsprobleme in Hannover und in der Region Hannover.**

Der BBU tagte in den Räumen seiner Mitgliedsorganisation BIU Hannover (Bürgerinitiative Umweltschutz). BIU-Vorstandsmitglied Ralf Strobach erläuterte den BBU-Vorstandsmitgliedern die Entwicklung der BIU seit ihrer Gründung 1971 sowie die verkehrspolitische Situation in und um Hannover. Aktuell fordert die BIU u. a. eine baulich gesicherte Verkehrsinfrastruktur für den Fahrradverkehr mit gesicherten Radwegen, auf denen auch Kinder gefahrlos fahren können. Vorbild dafür sind die Radwege in den Niederlanden und in Kopenhagen (Dänemark).

Mit großer Spannung beobachtet der BBU-Vorstand die schwierige Regierungsbildung in Berlin. Der BBU fordert einen hohen Stellenwert für den Umweltschutz in der zukünftigen Koalition. Skeptisch sieht der BBU, dass in Niedersachsen der frühere niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) Umweltminister wird. In der Vergangenheit hatte der BBU Lies dafür kritisiert, dass er sich vorrangig für die Interessen der Erdgaskonzerne und nicht für Mensch und Natur eingesetzt hat.

Der BBU bringt sich aktiv in Genehmigungsverfahren und Scoping-Termine ein, z. B. in das Genehmigungsverfahren zur ExxonMobil-Reststoffbehandlungsanlage in Söhlingen (Landkreis Rotenburg / Wümme). Nach Auffassung des BBU darf das Projekt nicht genehmigt werden.



*BBU-Vorstand in Hannover (Nov. 2017). Von links nach rechts: Oliver Kalusch, Ulla Weiss, Christine Ellermann (Geschäftsführerin), Regina Ludewig, Gertrud Patan, Udo Buchholz, Helmut Wilhelm. (Nicht auf dem Foto: Kerstin Desch-Wöhr, Elke Fischer, Peter Schott).*

### **BBU für ausnahmsloses Frackingverbot und für sofortigen Atomausstieg**

Schon seit langem fordert der BBU ein ausnahmsloses Frackingverbot. Er befasst sich auch mit den Gefahren der unterirdischen Verpressung von Lagerstättenwasser, einem Abfallprodukt des Frackings. Lagerstättenwasser besteht zumeist aus Resten von wieder hochgepumpter Frackflüssigkeit und den neben Gas durch Fracking aus der Erde losgelösten Schwermetallen. Diese Substanzen werden häufig als gesundheits- und umweltgefährdend betrachtet. Ein solches Vorhaben betrifft aktuell die Gemeinde Borstel (Landkreis Diepholz). Ein Weiteres neues Verpressvorhaben läuft in Dötlingen (Landkreis Oldenburg).

Im September haben sich Mitglieder des BBU intensiv bei den wasserrechtlichen Erörterungsterminen eingebracht, die im Zusammenhang mit dem Betrieb des AKW Emsland

(AKW Lingen 2) stattgefunden haben. Der BBU fordert die sofortige Stilllegung des AKW Lingen 2 und spricht sich gegen die Entnahme von Wasser aus dem Dortmund-Ems-Kanal zum Weiterbetrieb des Atomkraftwerkes aus.

Scharf kritisiert wird vom BBU, dass in vielen Bundesländern radioaktiv belasteter Müll aus dem Abbau von Atomanlagen deponiert, verbrannt und zur freien Verwertung abgegeben wird. Die Bevölkerung ist darüber meist nicht informiert. Selbst die Behörden haben oft keinen Überblick über den Verbleib der strahlenden Reste der Atomindustrie. Der BBU fordert von den Behörden völlige Transparenz bei der Behandlung und beim Verbleib des radioaktiv belasteten Abfalls. Ausführliche Informationen zu diesem Themenbereich findet man auf der Internetseite des BBU: <http://bbu-online.de>

### **Engagement unterstützen**

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.